

KNAspezial 2005 Bistumspresse KNA-Redakteur Josef Schlösser 7./27. April

Familie schafft Arbeit - Initiativkreis: Erziehungs- und Pflegeleistung bezahlen. Mettlach (KNA) Mit Sonntagsreden besonders vor Wahlen sind Politiker schnell bei der Hand. Immer dann, wenn um die Gunst der Bürger geworben wird, entdecken sie das Feld der Familienpolitik. Angesichts der Tatsache, dass immer weniger Kinder geboren werden und damit das soziale Sicherungssystem ernsthaft gefährdet ist, melden sich in letzter Zeit immer öfter Experten aus Wissenschaft und Kirche zu Wort. Wegen der demografischen Schiefelage fordern sie ein radikales Umdenken. So auch ein neu gegründeter Initiativkreis aus Wissenschaftlern, politisch engagierten Bürgern und Vertretern von Fachverbänden, die in einem Manifest zum 1. Mai mit dem Leitwort antreten: "Familie schafft Arbeit". Hinter dem Projekt Erziehungs- und Pflegeeinkommen, kurz PEPE, stehen mit dem Diplom-Ökonom Hans Ludwig, mit dem langjährigen Pressesprecher des Bundesarbeitsministeriums während der Blüm-Ära, Ludger Reuber, und der Bundesvorsitzenden des Verbandes der Familienfrauen und -männer, Helga Vetter, drei Sozialexperten an der Spitze. Sie und weitere prominente Mitstreiter wollen mit ihrer Initiative den Übergang von der Industrie- zur "Arbeitsgesellschaft für alle" erreichen. Eine Kernforderung: Die produktive Arbeit in den privaten Familienhaushalten muss als gesellschaftliche Arbeit anerkannt und gleichwertig bezahlt werden. In ihrem Manifest stellen die Initiatoren das Konzept eines bruttobezogenen Erziehungs- und Pflegeeinkommens zur Diskussion. Danach solle jeder private Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren oder einer pflegebedürftigen Person durch die Bundesagentur für Arbeit monatlich ein Bruttoeinkommen in Höhe eines durchschnittlichen Arbeitnehmerlohnes erhalten, das mit rund 2.000 EURO angegeben wird. Voraussetzung sei, dass im Haushalt ein Arbeitsplatz eingerichtet werde. Dieser könne von Personen im erwerbsfähigen Alter in Teil- oder Vollzeit oder auch stundenweise eingenommen werden. Insgesamt sei nur die Bezahlung für einen Vollzeitarbeitsplatz möglich. Das Erziehungs- und Pflegeeinkommen soll nach den Vorstellungen des Initiativkreises steuer- und sozialversicherungspflichtig sein. Damit die durch dieses "Wachstumskonzept" zu erwartende steigende Geldmenge ohne restriktive Maßnahmen toleriert werden könne, "einigen sich die Tarifparteien, die öffentlichen Haushalte und die Notenbank in einem Stabilitätspakt auf eine Abgabepolitik, die die Lohnstückkosten stabilisiert und die Preisniveaustabilität sichert", wird in dem Manifest ausgeführt. Zur Finanzierung des Erziehungs- und Pflegeeinkommens erwarten die Initiatoren die Bereitschaft zu einer höheren Staatsverschuldung, die allerdings durch die Mehreinnahmen aus den neuen Beschäftigungsverhältnissen kompensiert wird, wie die Verfasser vorrechnen. Gutachten hätten gezeigt, dass bei entsprechender Gestaltung und Weiterentwicklung des Konzepts eine "Selbstfinanzierung des Projekts von Anfang an und eine Rückkehr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien möglich ist. Die Bezahlbarkeit dieses Konzepts rechnen die Projekt-Verantwortlichen an folgendem Beispiel vor: Im volkswirtschaftlichen Kreislauf entstünden durch 100 EURO zusätzliche Ausgaben, die ausschließlich für neue brutto-bezahlte Arbeitsplätze ausgegeben würden, mehrere Effekt. 40 Euro werden nach dieser Musterrechnung an Steuern und Sozialbeiträgen den öffentlichen Kassen wieder zugeführt, ohne dass ihnen weitere Ausgaben gegenüberstehen. Durch Mehrausgaben für Konsum und Investitionen entstehe ein Wirtschaftswachstum von insgesamt 120 Euro. Bei einer Staatsquote von 45 Prozent werden dadurch wieder 54 Euro in die öffentlichen Kassen eingezahlt. Die nach Abzug von Steuern und Abgaben verbleibenden 60 Euro würden für Konsum und Wohnraumbeschaffung ausgegeben. Dadurch erhöhe sich das Brutto-Einkommen bei Unternehmen, die diese für Löhne und Vorleistungen beziehungsweise Steuern ausgeben können. In der Volkswirtschaft seien damit mehr als 70 Milliarden Euro an fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit, der

Familien- und Sozialhilfe einzusparen. Stabilisierung der Sozialsysteme Eine Umkehr zu wirtschaftlicherem Handeln unter Einschluß der produktiven Arbeit in den Familienhaushalten hält der Initiativkreis für unabdingbar. Durch das Konzept würden Vollbeschäftigung für Frauen und Männer, Beseitigung der Armut in den Familien mit Kindern, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Überwindung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung, Aufbau einer eigenständigen sozialen Sicherung der in den Familien Arbeitenden sowie echte Wahlfreiheit erreicht, sind die Initiatoren überzeugt. - Zu den Projekt-Befürwortern gehören neben zahlreichen Einzelpersonen Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft für Gesellschaftspolitische Bildung, das Europäische Institut zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, das Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit sowie das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus der Katholischen Erwachsenenbildung. Weitere Informationen sind im Internet unter www.erziehungseinkommen.org erhältlich. Die Notwendigkeit des Umdenkens begründen die Initiatoren mit der anhaltend hohen und weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit, mit der katastrophalen Lage der öffentlichen Finanzen, der Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und besonders mit der Not der Familien mit Kleinkindern. Sie appellieren an die Politik endlich Nägel mit Köpfen zu machen und die Familienarbeit aus ihrem "Schattendasein" herauszuholen

KNA-Inland 26. April 2005

Manifest: Familienarbeit anerkennen und bezahlen. Mettlach (KNA) Angesichts der steigenden Massenarbeitslosigkeit und besonders der Not von Familien mit Kleinkindern ruft eine Initiative aus Wissenschaftlern, politisch engagierten Bürgern und Fachverbänden zu einem radikalen Umdenken bei der Bewertung von Erziehungs- und Pflegeleistungen auf. Nur eine Rückbesinnung auf Werte und Würde der menschlichen Arbeit als Grundlage für die Ordnungsvorstellungen in Gesellschaft und Wirtschaft können den notwendigen Übergang von der Industrie- zur "Arbeitsgesellschaft für alle" leisten, heißt es in einem am Montag in Mettlach veröffentlichten Manifest der Initiatorengruppe Projekt Erziehungs- und Pflegeeinkommen (PEPe). Ziel sei es, die reproduktive Arbeit in den privaten Familienhaushalten als gesellschaftliche Arbeit anzuerkennen und "gleichwertig zu bezahlen." In ihrem Manifest zum 1. Mai stellen die Initiatoren das Konzept eines brutto bezogenen Erziehungs- und Pflegeeinkommens zur Diskussion. Danach solle jeder private Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren oder einer pflegebedürftigen Person durch die Bundesagentur für Arbeit monatlich ein Bruttoeinkommen in Höhe eines durchschnittlichen Arbeitnehmerlohns erhalten, das mit rund 2.000 Euro angegeben wird. Voraussetzung sei, dass im Haushalt ein Arbeitsplatz eingerichtet werde. Dieser könne von Personen im erwerbsfähigen Alter in Teil- oder Vollzeit oder auch stundenweise eingenommen werden. Insgesamt sei nur die Bezahlung für einen Vollzeit Arbeitsplatz möglich. Das Erziehungs- und Pflegeeinkommen soll nach den Vorstellungen des Initiativkreises steuer- und sozialversicherungspflichtig sein. Damit die durch dieses "Wachstumskonzept" zu erwartende steigende Geldmenge ohne restriktive Maßnahmen toleriert werden könne, "einigen sich die Tarifparteien, die öffentlichen Haushalte und die Notenbank in einem Stabilitätspakt auf eine Abgabenpolitik, die die Lohnstückkosten stabilisiert und die Preisniveaustabilität sichert", wird in dem Manifest ausgeführt. Zur Finanzierung des Erziehungs- und Pflegeeinkommens erwarten die Initiatoren die Bereitschaft zu einer höheren Staatsverschuldung, die allerdings durch die Mehreinnahmen aus den neuen Beschäftigungsverhältnissen kompensiert wird, wie die Verfasser vorrechnen. Gutachten hätten gezeigt, dass bei entsprechender Gestaltung und Weiterentwicklung des Konzepts eine "Selbstfinanzierung des Projekts von Anfang an und eine Rückkehr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien möglich ist. Stabilisierung der Sozialsysteme Eine Umkehr zu wirtschaftlicherem Handeln unter Einschluß der produktiven Arbeit in den

Familienhaushalten hält der Initiativkreis für unabdingbar. Durch das Konzept würden Vollbeschäftigung für Frauen und Männer, Beseitigung der Armut in den Familien mit Kindern, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Überwindung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung, Aufbau einer eigenständigen sozialen Sicherung der in den Familien Arbeitenden sowie echte Wahlfreiheit erreicht, sind die Initiatoren überzeugt. - Zu den Projekt-Befürwortern gehören neben zahlreichen Einzelpersonen Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft für Gesellschaftspolitische Bildung, das Europäische Institut zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, das Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit sowie das Oswald-von-Nell-Breuning-Haus der Katholischen Erwachsenenbildung.

Der neue Tag, Weiden, 17.11.2002

Text zur Bildvorstellung Hans Ludwig und Sepp Hofmeister: Arbeitsforschung ist seit Jahrzehnten ihr Spezialgebiet. Jetzt stellen Hans Ludwig (links) und Josef Hofmeister das "Weidener Modell" vor. Ihre Theorie: Vollbeschäftigung ist mit Einführung eines Familieneinkommens möglich "Wunderwaffe" gegen Arbeitslosigkeit Das "Weidener Modell": Erziehungseinkommen für Familien ließe die Wirtschaft brummen Weiden. (kä)

Die Idee klingt verblüffend einfach. Man gebe jeder Familie mit Kind ein Erziehungseinkommen von 2000 Euro und schaffe so 7,9 Millionen Arbeitsplätze. Schwupp: Die Zahl der Arbeitslosen geht rapide zurück. Die Wirtschaft brummt - dank gefüllter Geldbeutel bei den Familien. Nebenbei wird der Staatshaushalt saniert: keine Ausgaben mehr für Arbeitslosigkeit, mehr Steuereinnahmen. Ja, geht denn das? Hans Ludwig, ehemaliger Direktor des KAB-Sozialinstituts Süddeutschland, und Josef Hofmeister, ehemaliger KAB-Verbandssekretär, glauben an ihrer Theorie. "Weidener Modell" nennt sich das Konzept, das die Volkswirtschaft zur Vollbeschäftigung führen soll. Der Name erinnert an den KAB-Verbandstag 1987 in Weiden. Damals hatte der Verband mit der "Weidener Erklärung" die Grundlagen des Modells beschlossen. Was lange währt, wird endlich gut: Das Bonner Zentrum für Angewandte Wirtschaftsforschung hat im Auftrag der Erwachsenenbildung ein Gutachten erstellt. Hans Ludwig kann nun in Buchform (Titel: Vollbeschäftigung ist möglich!) das Konzept einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Simulation geglückt Die Wirtschaftsforscher haben ganze Arbeit geleistet. Sie haben das Modell für die Jahre 1995 bis 1999 in einer "makroökonomischen Simulation" durchgespielt. So soll's funktionieren: Der Staat zahlt jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren ein Erziehungseinkommen von 2000 Euro brutto. Der Familie steht es frei, ob Vater oder Mutter zuhause bleiben und das Gehalt selbst in Anspruch nehmen. Die Familie kann auch eine familienfremde Person engagieren. Das Einkommen ist steuerpflichtig. Bei einer Abgabenlast von rund 40 Prozent blieben rund 1200 Euro netto.

Saarbrücker Zeitung, 27. 03. 2003

Wie die Erziehung zu einer normalen Arbeit werden kann. Fachtagung: Familienarbeit könnte einen Beschäftigungsschub auslösen - "Weidener Modell" erlebt eine neue Blüte Saarbrücken (mpr). Mit dem Namen des Mettlacher Sozialökonom Hans Ludwig ist das "Weidener Modell" verbunden, eine 1987 von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Süddeutschlands vorgelegte

Reformstrategie zur Beschäftigungspolitik. Der grundlegende Gedanke besteht darin, dass durch die Zahlung eines Erziehungs-Einkommens positive Beschäftigungswirkungen hervorgerufen werden können. Um den Eltern den Wunsch nach normaler Erwerbsarbeit zu ermöglichen, soll jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren angeboten werden, einen gleichwertigen Arbeitsplatz einzurichten und über staatliche Transferleistungen zu bezahlen. Um die Diskussion methodisch besser abzusichern, ließ die Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis die Vorschläge untersuchen. Professor Manfred Kiy und Professor Reiner Clement vom Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung (ZAW) in Bonn kamen dabei zu dem Schluss, dass die Zahlung eines zusätzlichen Erziehungs-Einkommens wesentlich zur Entschärfung des Beschäftigungsproblems beitragen könnte. Vorausgesetzt wurden 7,9 Millionen anspruchsberechtigte Haushalte und ein Erziehungs-Einkommen von monatlich rund 1900 Euro brutto. Mit dem Thema "Familie schafft Arbeit - Vollbeschäftigung durch Familieneinkommen" befasst sich eine Fachtagung der Katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis am heutigen Freitag, 15 Uhr, im Haus der Union Stiftung in Saarbrücken. Teilnehmer sind Professor Elisabeth Jünemann (Paderborn), Professor Manfred Kiy (Köln) und Professor Uta Meier (Gießen). Mit im Podium diskutieren Staatssekretär Josef Hecken (Saar-Sozialministerium), Antje Schumacher (Gewerkschaft Verdi) und Professor Reiner Clement (St. Augustin). Moderator ist der Leiter der "SZ"-Wirtschaftsredaktion Joachim Penner.

Saarbrücker Zeitung, 01.04.2003

Bessere Chancen für Familien, Union-Stiftung stellt Erziehungseinkommen auf den Prüfstand. Saarbrücken (mpr). Wachstum und Vollbeschäftigung, mehr Geld für Familien mit Kindern und bessere Chancen auf eine gleichwertige Entwicklung von Frauen und Männern im Beruf verspricht das Modell eines Erziehungseinkommens, mit dem die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) den Staat sozialer und gerechter gestalten will. In einer Fachtagung hatte die Union Stiftung den Vorschlag auf den Prüfstand gestellt. Fazit: Für die Einführung des Erziehungseinkommens wären Berge zu versetzen. Die Summe, die eine Bundesregierung in die Hand nehmen müsste, beträgt 288 Milliarden Euro, also rund die Hälfte des Bundeshaushalts. Zur Umsetzung wäre eine politische Grundsatzentscheidung nötig und ein Stabilitätspakt auf nationaler wie europäischer Ebene. Josef Hecken, Staatssekretär im Sozialministerium: "Das Erziehungseinkommen ist familienpolitisch ein Top-Modell, aber ich sehe zurzeit keinen gesellschaftspolitischen Konsens dafür", sagte er. "Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern unter unseren Möglichkeiten", erklärte Hans Ludwig, Sozialökonom und geistiger Vater des "Weidener Modells" der KAB. Durch Zahlung eines Erziehungseinkommens könnten starke Wachstumseffekte geschaffen und Vollbeschäftigung erreicht werden. "Familienarbeit ist finanzierbar, wenn Gesellschaft und Politik das wollen", betont Professor Manfred Kiy, Mitautor einer Machbarkeitsstudie im Auftrag der Katholischen Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis. Er prognostizierte eine erhebliche Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes, eine deutliche Absenkung der Arbeitslosigkeit, weniger Defizit und Staatsverschuldung. Kritik an der Ausrichtung übte Familiensoziologin Professor Uta Meier. Familien mit geringem Bildungsniveau brauchten nicht nur Geld: "Wir sollten uns lieber fragen, wie für eine hochwertige Kinderbetreuung gesorgt werden kann." Verdi-Vertreterin Antje Schumacher forderte, mehr für "außerhäusliche Ausweitung der Kinderbetreuung inklusive Bildungsauftrag" zu tun. Zum Erziehungseinkommen schlägt die KAB vor: Um Eltern den Wunsch nach außerhäuslicher Erwerbsarbeit zu ermöglichen, soll jedem Familienhaushalt mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren angeboten werden, einen gleichwertigen Arbeitsplatz einzurichten und (mittels staatlicher Transferleistungen) zu bezahlen. Der sozialabgaben- und einkommenssteuerpflichtige Job soll auch von einer familienfremden Person besetzt werden

können. Im Einzelfall soll durch Erziehungseinkommen - das Modell geht von 1900 Euro brutto aus - nicht mehr als ein Vollzeitarbeitsplatz besetzt werden dürfen.

Honnefer Volkszeitung

Dipl.-Volkswirt Hans Ludwig referierte im Katholisch-Sozialen Institut - Vollbeschäftigung ist möglich (auch Bildunterschrift mit Zusatz: Das jedenfalls glaubt Volkswirt Hans Ludwig, der auf Einladung der CDA referierte). (ks) - Das "soziale Gewissen" der CDU, die Organisation der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) hatte in Bad Honnef immer einen soliden Stützpunkt. Diesen wieder zu stärken und zu reaktivieren sei ihm ein wichtiges Anliegen am Ort, erklärte Werner Osterbrink jetzt vor einer Reihe von Parteifreunden im Katholisch-Sozialen Institut. Der Alt-Bürgermeister hatte in seiner politischen Funktion zu einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Gesellschaftspolitische Bildung, der CDA und des CDU-Stadtverbandes Bad Honnef eingeladen. Es referierte dabei Dipl.-Volkswirt Hans Ludwig, langjähriger Leiter der Sozialinstitute der süddeutschen Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) über das Thema "Vollbeschäftigung ist möglich". Diese These ist auch der Titel eines Gutachtens in Buchform, das der Wissenschaftler in Zusammenarbeit mit der katholischen Dipl.-Theologin Elisabeth Jünemann für das Oswald von Nell-Breuning-Haus der Erwachsenenbildung erarbeitet hat. Die Studie trägt den anschaulichen Untertitel "Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens". Es geht hier um den Teilbereich einer widerspruchsfreien Sozialreformstrategie, die hinführen soll zu Vollbeschäftigung für Männer und Frauen, zur Beseitigung von Armut in Familien mit Kindern, der Konsolidierung öffentlicher Haushalte und sozialen Sicherungssysteme sowie der Überwindung geschlechtsspezifischer Sicherungssysteme. Die wissenschaftliche Arbeit fasst 20 Jahre öffentlicher Diskussion in Kirche, Wissenschaft, Politik, Kreisen der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zusammen. Mit fundierten Analysen empfiehlt sie der Politik Denk- und Entscheidungsrichtungen für die Gesetzgebungsarbeit und geht in diesen Tagen unter anderen den Bundestagsabgeordneten zu. An Hand von Statistiken wies Hans Ludwig die schwerwiegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach mit der Veränderung der Stellung von Arbeit, Produktion und Dienstleistung. Dies wirke sich geradezu revolutionär in der Bildung aus. Diese "Investition in den Menschen" müsse mit dem Ziel einer neuen Bildungsökonomie neu durchdacht werden. Die Teilnehmer beteiligten sich lebhaft an der Diskussion der aufgeworfenen Fragen und dankten dem Referenten, der einst seine Karriere mit einer Ausbildung im KSI begann, für seine profunden Ausführungen.

Der stellvertretende Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, Stefan Bergmann, am 27. Oktober 2003 in einem Leitartikel auf der zweiten Seite.

Er holte von sich von aus Stellungnahmen des Bundesfamilienministeriums und des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Oswald Metzger ein. Anlaß war eine Vortragsreihe von mir in der Region.

"Thema heute: Modell für ein Erziehungseinkommen. Der Traum vom gerechten Elternlohn. Die Idee klingt zu schön, um wahr zu sein: Der Staat zahlt jeder Familie mit mindestens einem Kind ein Erziehungseinkommen von rund 2000 Euro - und schon ist die Arbeitslosigkeit so gut wie beseitigt, während zugleich die Wirtschaft brummt. Hans Ludwig, 64, bis 1999 Leiter der Sozialinstitute der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) Süddeutschlands in München, ist dieser Tage mal wieder als Reisender in Sachen Familienpolitik unterwegs. Bei einer kleinen Tour durchs Allgäu hat er an

mehreren Orten das von ihm mitersonnene familienpolitische Modell vorgestellt, das zugleich Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen soll. "Vollbeschäftigung ist möglich. Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens", so lautete der ebenso plakative wie etwas sperrige Titel des Buches, das Ludwig zusammen mit der Paderborner Theologie-Professorin Elisabeth Jünemann im vergangenen Jahr herausgegeben hat. Zugegeben - keine leichte Kost. Aber vor dem Hintergrund der Diskussion um die Massenarbeitslosigkeit, den drohenden Kollaps der Sozialsysteme und die gleichzeitig schrumpfende Bevölkerung ein eigenwilliger und bedenkenswerter Debattenbeitrag. Kurz gesagt, soll das Modell so funktionieren: Jeder Haushalt, in dem mindestens ein Kind unter 15 Jahren aufwächst, erhält vom Staat ein monatliches Erziehungseinkommen von rund 2000 Euro brutto. Die Familie darf selbst entscheiden, ob dafür ein Elternteil zu Hause bleibt und das Gehalt in Anspruch nimmt oder ob eine Kinderbetreuung engagiert wird. Das Einkommen ist zu versteuern, und es müssen Sozialbeiträge dafür entrichtet werden. Rein rechnerisch würden so auf den Schlag 7,9 Millionen neue Arbeitsplätze in den Familien entstehen, glaubt Ludwig, rund drei Millionen Jobs kämen hinzu, weil durch das zusätzliche Familieneinkommen der Konsum beachtlich steige. Der Clou: Der Staat hätte nach der Simulationsrechnung am Schluss kein Minus, sondern jährlich ein Plus in Höhe von rund 17 Milliarden Euro zu verzeichnen: durch zurückfließende Abgaben (rund 40 Prozent der anfangs aufgewandten Summe) und dadurch, dass etwa 50 Milliarden Euro weniger Kosten für Arbeitslosigkeit entstünden. Diese Zahlen seien kein Hirngespinnst, versichert Ludwig, sondern solide Daten, die aus einem Gutachten des Bonner "Zentrums für Angewandte Wirtschaftsforschung" (ZAW) hervorgehen. Das ZAW hat im Auftrag der KAB-Vordenker das Modell für die Jahre 1995 bis 1999 beispielhaft durchgerechnet. Ähnlichkeit mit "Familiengeld" Der breiten Öffentlichkeit ist das Konzept, das in seinen Grundzügen bereits im Jahre 1987 durch die so genannte Weidener Erklärung der KAB umrissen wurde, noch nicht bekannt geworden. Die Idee aus den Reihen der CDU-nahen KAB ähnelt jedoch dem Ansatz, den die Union im Bundestagswahlkampf präsentiert hat. Zur Erinnerung: Mit Hilfe eines "Familiengeldes" von 600 Euro pro Kind unter drei Jahren sollte sowohl die Erziehungsarbeit honoriert als auch die Bereitschaft junger Erwachsener, für Nachwuchs zu sorgen, gesteigert werden. Abgesehen davon, dass die Union nicht dazu kam, ihren Vorschlag in der Regierungsverantwortung umzusetzen, war selbst unter Christdemokraten die Finanzierbarkeit dieses Programmpunktes umstritten. Hans Ludwig und seine Mitstreiter meinen, dass für ihren Ansatz solche Skepsis nicht angebracht ist. Für das Gelingen, so räumt Ludwig ein, gäbe es allerdings zwei wesentliche Voraussetzungen: Die Gewerkschaften müssten parallel zur Einführung des Modells für einige Jahre Lohnzurückhaltung üben, und die Unternehmer sollten trotz steigender Nachfrage die Preise für ihre Produkte vorerst stabil halten - beides Vorstöße, um die Inflation in Grenzen zu halten und leider nicht sehr Erfolg versprechend. Grund für diese Vorsichtsmaßnahmen: Das Geld, das den Familien zukommt, würde ja nicht in Form von Abgaben erhoben, sondern durch noch höhere Verschuldung des Staates ins volkswirtschaftliche System eingespeist. Diese makroökonomische Perspektive des Modells ist sicher eine besonders schwierige Komponente: Zum einen ist die Bundesrepublik als Mitglied des europäischen Stabilitätspaktes heutzutage keineswegs frei, die Neuverschuldung nach eigenem Gutdünken zu steigern - besonders in der jetzigen Situation, in der Deutschland die vorgegebene Grenze des Staatsdefizits von drei Prozent längst überschreitet. Zum anderen ist es fraglich, wie die Familien mit dem ihnen zgedachten, zusätzlichen Euro-Segen haushalten würden: Ob er für Konsum ausgegeben und damit für neue Arbeitsplätze sorgen würde oder ob das Geld oft einfach im Sparstrumpf verschwinden würde, ist in wirtschaftlich unsicheren Zeiten, schwer vorauszusehen. Wer den Ausführungen des Diplom-Ökonomen Hans Ludwig lauscht, sollte sich nicht nur auf die angenommenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Modells konzentrieren. Das politisch Bemerkenswerte dieses Vorschlages ist, dass ein Erziehungseinkommen tatsächlich eine Honorierung der Familienarbeit bedeuten würde. Egal, ob die Berechnungen stimmen oder nur für den unerfüllbaren Traum vom gerechten Elternlohn stehen - das Dilemma von Müttern und Vätern, die

sich zu Hause der Kindererziehung widmen, bislang aber keinerlei finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung erfahren wurde noch nie so ernst ge(nommen)"